



Kreistagsfraktionen von SPD, GRÜNEN, SSW, WG-NF und FSD

Kreishaus
Marktstr. 6, 25813 Husum

Husum, den 9.3.2017

Sehr geehrter Herr Kreispräsident,

die Kreistagsfraktionen von SPD, GRÜNEN, SSW, WG-NF und FSD stellen folgenden Antrag zur Kreistagsitzung am 24. März 2017 **„Aufruf an die Bundesregierung: keine Abschiebungen nach Afghanistan“**:

Der Kreistag NF ruft die Bundesregierung auf, die Sicherheitslage in Afghanistan angesichts des aktuellen Berichtes des UNHCR neu zu bewerten und bis zu dieser Neubewertung keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan vorzunehmen.

Begründung des Antrages:

Afghanistan ist nicht „sicher“. Der aktuelle Bericht des UNHCR widerspricht der Bewertung der Bundesregierung zur Sicherheitslage in Afghanistan.

Die Bundesregierung muss diese Einschätzung und die anderer Nicht-Regierungsorganisationen zur Kenntnis zu nehmen und auf dieser Grundlage die Sicherheitslage in Afghanistan neu bewerten.

Auch in Nordfriesland leben ca. 110 Geflüchtete aus Afghanistan. Bei den 140 minderjährigen unbegleiteten AusländerInnen (sog. UMAs) stellen die Afghanen mit 65 die größte Gruppe. Viele Afghanen, die von Abschiebung bedroht sind, leben bereits lange in Deutschland und haben sich gut integriert.

Das UNHCR hat am 22.12.2016 seinen aktuellen Lagebericht zu Afghanistan und die UNAMA am 6.2.2017 die aus ihrer Sicht gegen Abschiebungen dorthin sprechenden desaströsen Fakten veröffentlicht. Insbesondere eine pauschale Einschätzung bestimmter Regionen Afghanistans als „sichere und zumutbare interne Schutzalternative“ sei „nicht möglich“. Insgesamt sind laut UN-Bericht im vergangenen Jahr 11.418 Unbeteiligte getötet oder verletzt worden - drei Prozent mehr als 2015. Die Zahl der Verletzten sei um sechs Prozent auf 7.920 Menschen gestiegen. 3.498 seien getötet worden, jeder dritte Tote sei ein Kind.



Das UNHCR äußerte zudem ernste Bedenken an der im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Schutzquote für Afghan*innen in Deutschland, die sich mit der Lage am Hindukusch keineswegs begründen lasse.

Am 10.2.2017 meldet die NZZ und swissonline am 9.2.2017 Attentatsopfer des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Afghanistan. Die humanitären Bedürfnisse überstiegen die Kapazität der Hilfsorganisationen in Afghanistan ohnehin bei weitem. Jetzt hat das IKRK auch noch seine Arbeit in Afghanistan nach dem Mord an sechs seiner Angestellten bis auf weiteres vollständig eingestellt. Das Massaker zeigt die wachsende Gefahr, denen humanitäre Organisationen in den immer länger dauernden und fragmentierten Kriegen ausgesetzt sind. Vorfälle wie der Angriff auf einen IKRK-Konvoi dürften das Missverhältnis noch verstärken. "Dass diese Menschen zu Zielscheiben werden, zeigt die menschenverachtende Geisteshaltung von Terroristen", erklärt das Auswärtige Amt in Berlin.

Die desaströse Sicherheitslage in Afghanistan und ihre besonders gravierende Verschlechterung im zweiten Halbjahr 2016 wird sehr plastisch auch aus der Aussprache im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 19.12.2016.

Für die Kreistagsfraktionen

T. Nissen
SPD

J. Jungclaus
WG-NF

U. Stellfeld-Petersen
SSW

U. Schwalm
Bündnis 90 / Die Grünen

M. Thomas
FSD